

Was die Schweiz zusammenhält

Roger de Weck, Generaldirektor SRG, war unser Gast am GGK-Forum vom 17. August 2017 in der Aula der PHSG in St.Gallen

Einführung

von Hubertus Schmid, Präsident ggk sg

Schweizerische Identität, Heimat, christliche Werte, universelle Menschenrechte oder Einheit in kultureller Vielfalt, Recht auf Differenz bilden immer häufiger Gegenstand politischer Grundsatzreden, aber auch von Talk-Sendungen im Radio und Fernsehen oder in Zeitungsbeiträgen. Das sind alles Begriffe oder Schlagwörter in aktuellen Bemühungen regionaler, nationaler und europäischer Selbstverständigung. Wer sind wir? Wohin wollen wir?

Die Meinungen darüber liegen weit auseinander. CVP-Präsident Gerhard Pfister fordert eine breite Werte-Diskussion. Andere rufen nach einer schweizerischen Leitkultur, die für die Integration wichtige Leitplanken setzen sollte.

Doch Viele warnen davor, in unserer pluralistischen, multikulturellen Gesellschaft eine Identitätsdebatte vom Stapel zu lassen, weil eine solche den Pilz der Spaltung in sich trage.

Woran liegt es, dass diese Thematik in unserem Land so Konjunktur hat? Warum beschäftigen wir uns so angestrengt mit uns selbst? Entspringt dies einfach unserem Hang zu kollektiven Selbstzweifeln oder ist dies Ausdruck einer verbreiteten Verunsicherung oder gar von Krise? Hermann Lübke: „Menschen, die sich im Lot fühlen, stellen nicht die Frage nach ihrer Identität. Normalerweise ist man ja damit beschäftigt zu tun, was man zu erledigen hat.“

All dies hat die PHSG und die ggk sg bewogen, sich dieses Jahr in den Forums-Veranstaltungen vertieft mit dem *Zusammenhalt in unserem Land – der sozialen und kulturellen Kohäsion – auseinanderzusetzen und damit die im Gange befindliche öffentliche Diskussion zu bereichern. Was hält die Schweiz zusammen? Oder: in welcher Gesellschaft wollen wir wie leben?*“

Vier zentrale Fragen treiben uns um:

1. Welches sind die *verbindenden Kräfte* in unserem Land? Welche politischen Institutionen, Werte, Sitten und Gebräuche, gemeinsame Geschichten etc. geben den Menschen in unserem Land Halt, vermitteln ihnen Geborgenheit?
2. Ist die Anerkennung eines *Kernbestandes an ethisch-kulturellen Grundwerten* (gemeinsame moralische Standards) Bedingung eines friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens?
3. Sind im *Basiskonsens unseres Landes* – „die Schweiz - eine Insel der Glückseligen“ (ex Botschafter Otto Lampe) – Bruchstellen auszumachen?
4. Welche *Rolle fällt den Medien, der Bildung und Erziehung zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts* zu?

Oder brauchen wir uns gar nicht erst auf diese Fragen einzulassen – und könnten dann gleich zum Apéro überleiten – weil es DIE Schweiz gar nicht gibt (NR Marra, VD); wir keine kollektive Identität haben; oder nach René Scheu (NZZ 15.2.2016) „wir in der Schweiz gut zusammenleben, weil wir uns gegenseitig höflich ignorieren“. Dieter Freiburghaus: „Der Kitt der Confoederatio Helvetica ist weniger in der vielbeschworenen Willensnation zu verdanken, als vielmehr einer gelebten „wohlwollenden Nichtbeachtung“. Wer Gesellschaft mit einer Wertegemeinschaft verwechselt, der muss darauf setzen, dass alle Fremden per se umfassender Integration sich in Freunde verwandeln (Wolfgang Sofsky). Fragen über Fragen.

Referat von Herrn Roger de Weck

Redigierte Zusammenfassung

Was erleben wir derzeit, weltweit? Der Kalte Krieg war ein weitgehend kontrollierter Konflikt, der die Welt strukturierte und über gegenseitige Feindbilder integrativ wirkte, den sogenannten Ostblock und die westeuropäische Einigung nach sich zog. Heute hingegen durchlaufen wir eine Zeit „destrukturierter“ Konflikte, in der ganz unterschiedliche Länder, Völker, Stämme wechselweise und übers Kreuz im Streit miteinander liegen. Wir leben in einer Zeit der Des-Integration oder De-Strukturierung. Auch in Europa, siehe Brexit, Schottland, Autonomie-Bestrebungen Kataloniens etc.

Es trifft zu, dass die Schweiz weniger Kohäsion empfindet als während des Zweiten Weltkriegs, als das Land von Feinden umzingelt war, den Nazis und Faschisten. Erstaunlich, dass sich dieses Bedürfnis nach Zusammenhalt dank Feindschaft heute erneut artikuliert gegenüber uns gut gesinnten Nachbarn, die ganz wesentlich zu unserem wirtschaftlichen Wohlstand beitragen: die EU, Deutschland, Frankreich, Italien.

In den USA erleben wir – nicht erst seit der Wahl von Präsident Donald Trump – eine tiefe Spaltung der Gesellschaft. Viele Amerikaner fühlen sich nicht mehr als Teil einer Gesamt-Gesellschaft. Mit einer Folge des Neoliberalismus, der in die Finanzkrise 2007 mündete. Margaret Thatcher negierte beispielsweise die Existenz einer Gesellschaft, mit dem Ausspruch „There is no such thing as society“. Viel Vertrauen in die Wirtschaft und ihre Exponenten ging verloren. Dieses wandelte sich in ein Gefühl des „Wir gegen die da oben“, „Wir gegen die Anderen“. Das führte zur Wiedererstarkung des Nationalismus und Fundamentalismus, als Sehnsüchte nach der Vergangenheit. „Wir sind die Guten, die Anderen die Schlechten“: Populisten bewirtschaften die Ängste und erweisen sich als *terribles simplificateurs*. Mit ihrem Kult des starken Manns oder der starken Frau begünstigen sie die Personalisierung aller Probleme wie auch die Frontbildung: Elite gegen Volk. Es leiden darunter der Gemeinsinn und die Langfristigkeit der Politik.

Diese Entwicklungen – oder Trends – bleiben nicht ohne Folgen auf die Demokratie. Demokratie ist eine Form der Meinungsbildung und Konsensfindung: Echte Demokratie ist nicht die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Wer direkte Demokratie als die uneingeschränkte Volksherrschaft begreift, missversteht die im Bundesstaat gewachsene Schweizer Demokratie. Dem Volks-Willen setzt sie klare Schranken, etwa mit dem Ständemehr. Der Ständerat dient dem Schutz der Minderheiten, indem grosse und kleine, reiche und arme Kantone dieselbe Stimmkraft haben, ebenso die ungeschriebene Regel, dass mindestens zwei Mitglieder des Bundesrats die kleineren Sprachgruppen vertreten. Wir haben also keine totale Herrschaft des Volkes, sowohl zum Schutz der individuellen Freiheit als auch jener der Minderheiten (Sprachen, Kulturen, Regionen, Finanzkraft). Bundesbern ist eine vorgeblich langweilige, aber hocheffiziente Kompromissmaschine.

Glück und Weisheit zeichnen die von der Schweiz geschaffenen politischen Institutionen aus. Die Schweiz kennt viele Grenzen (je nach Kanton, Sprache, Kultur, Konfession, politischer Tradition, Wirtschaftskraft). Aber diese sind nie deckungsgleich, vielmehr durchkreuzen sie sich wechselseitig. Die kantonalen Grenzen decken sich nicht mit den sprachlichen, kulturellen, konfessionellen, parteipolitischen oder wirtschaftlichen Grenzen. Je nach Dossier entstehen unterschiedliche Solidaritäten. Das schafft der Spaltung entgegen, bzw. trägt zur Stabilisierung des Landes bei.

Die Berge prägen das Bild unseres Landes, tragen zum Zusammenhalt bei, sind aber auch Zankapfel: Regelung des Verkehrs, kalte Betten, Erderwärmung, Energiegewinnung bzw. Wasserzinsen.

Mythen – gemeinsame Geschichten – sind ebenfalls ein Beitrag zur Kohäsion. Allerdings ist Wilhelm Tell ein Import erst aus Skandinavien, dann aus Deutschland dank Friedrich Schillers Stück. Bei der Schaffung des Bundesstaats wurden sie bewusst eingesetzt; allerdings wollten manche Kantone diesen Bundesstaat nicht und wurden übergangen: Die heutige Schweiz entstand auf

undemokratische Art und Weise. Die Pflege der Mythen reichte für den Zusammenhalt bei weitem nicht aus.

Der Wohlstand ist eine wesentliche Komponente des guten Zusammenhalts. Hier sind freilich Verhärtungen auszumachen. Zudem ist nicht in Stein gemeisselt und fraglich, ob die Schweiz im 21. Jahrhundert der Digitalisierung so reich bleibt wie heute.

Die Zauberformel 1959 als Ausläufer des einträchtigen „Landi-Geists“ und als Ausdruck des starken Wirtschaftswachstums, der Verteilungskämpfe lindert, trug wesentlich zur Kohäsion bei, nämlich die Einbindung aller massgeblichen Kräfte in die politische Verantwortung: im Bundesrat je 2 FDP, CVP und SP sowie ein Vertreter von BGB, der heutigen SVP.

Auch war uns und unserem Zusammenhalt die Geschichte wohlgesinnt – wir hatten Glück, das von aussen kam: Napoleon. Für die einen Kantone war er der Besatzer, für die anderen der Befreier, etwa für die Thurgauer, Tessiner oder Waadtländer. Napoleon schuf die bis heute fast unveränderte kantonale Struktur als eine Voraussetzung des Lebens mit Unterschieden. Nie kam es zum Bruch, auch wenn es manchmal danach aussah und im Ersten Weltkrieg die Deutschschweiz zu Deutschland, die französische Schweiz zu Frankreich tendierte. Zuvor, 1912 beim Besuch Wilhelms II., begrüsst Tausende von begeisterten Menschen den deutschen Kaiser in Zürich, als wäre er ihr Idol. Es bedurfte eines Carl Spittlers, der wider die Deutschtümelei bzw. die Hinwendung zu Frankreich „Unseren Schweizer Standpunkt“ bekräftigte.

Bis ins 19. Jahrhundert hatten wir immer wieder Bürgerkriege im Land, zuletzt den Sonderbundskrieg. Erst mit der Bundesverfassung von 1848 wurde jene „Kompromissmaschine Bern“ geschaffen, die ständig für Ausgleich sorgt unter den Eidgenossen. Die Bundesverfassung 1848 schuf die institutionellen Grundlagen einer Verschachtelung der Interessen der Kantone, so dass sie nicht mehr Krieg gegeneinander führen wollten und konnten.

Auch in Westeuropa suchte man nach dem Zweiten Weltkrieg ein solches auf Verschachtelung basierendes Integrationsprinzip, ausgehend von der Montanunion: Man vergemeinschaftete das, was Deutschland und Frankreich brauchten, um Krieg gegeneinander zu führen: Kohle und Stahl. Nach 1989 wurden dann die ehemaligen Staaten des sogenannten „Ostblocks“ einbezogen, was ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben sicherte. Wo die EU vernünftigerweise keine Beitrittsperspektive eröffnen konnte, den Staaten auf dem Balkan und der Ukraine, kam es wieder einmal zu Krieg und Blutbädern.

Komplexe politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme wie die Schweiz oder die EU sind erfolgreicher als Systeme, die top down regiert werden wie Frankreich mit seinem Dirigismus, Italien mit Berlusconi (der die politische, wirtschaftliche und mediale Macht bündelte) oder das angelsächsische Modell des „the winner takes it all“. Es braucht ausgeklügelte Interessen- und Machtausgleichsmechanismen. Unser System komplexer Aushandlungen kennen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Verkehrs- und Raumordnungspolitik, auf fast allen Gebieten, scheint sehr langsam und mühsam zu sein, ebnet aber den Weg zum Konsens. Die Komplexität politischer und gesellschaftlicher Systeme ist ein wichtiger Integrationsfaktor. Es gibt keine einfachen Lösungen für komplexe Lagen.

Nicht nur in den USA, sondern auch in der Schweiz macht man derzeit systematisch diese politischen Institutionen des Ausgleichs und der Gewaltenteilung schlecht, obwohl nur diese das gute Zusammenleben gewährleisten: Das Initiativrecht wird strapaziert. Das Parlament wird als Schwatzbude oder „Dunkelkammer“ diffamiert. Man befiehlt und schwächt Institutionen wie die Hochschulen und Universitäten, die den wissenschaftlichen Fortschritt und damit ebenfalls das Wohlergehen sichern. Man wollte die Schweizer Nationalbank kaltstellen. Und die sogenannte „No Billag“-Initiative will die SRG SSR beseitigen: eine Institution, die dafür sorgt, dass alle Landesteile gutes Radio und Fernsehen haben, dass Randregionen dieselbe mediale Visibilität haben wie das Wirtschaftszentrum Zürich. Das öffentliche Medienhaus SRG SSR sorgt ebenfalls für Zusammenhalt

und dafür, dass alle gesellschaftlichen Gruppen Gehör finden. Bei einem „Ja“ zu dieser extremen Initiative gäbe es nur noch (kleine) kommerzielle Sender in der Schweiz, die vorwiegend der Boulevard-Logik folgen.

Wer die politischen Institutionen schlecht redet, schadet der Eigenossenschaft.

Die sprachliche, kulturelle und soziale Vielfalt muss auf starken politischen Institutionen bauen können, um den Zusammenhalt zu gewährleisten. Dies muss jede Generation von Neuem angehen. Die Schweiz ist keine eigentliche Nation, sondern vielmehr ein Projekt in progress.

Was waren denn die politischen Ordnungsmuster in der Weltgeschichte? Erst gab es den Stamm, der absolute Loyalität nach innen und Hostilität nach aussen fordert. Daraus erwachsen Theokratien, Monarchien, Imperien. Als verhältnismässig junges Gefüge entstand die Nation, die niemand genau definieren kann. In einer globalisierten, digitalisierten Welt, mit gegenseitiger hoher wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit, stösst sie an ihre Grenzen. Die wichtigsten Entscheide für unser Land trifft nicht immer das Volk, sondern etwa der Bundesrat, z.B. die Milliarden für die Rettung der UBS.

Die EU ist ein modernes und zukunftsweisendes Modell, nämlich des freiwilligen Zusammenschlusses von Nationen, die ihre Identität bewahren, aber ihre Souveränität gemeinsam ausüben. Die Schweiz hat es aber seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verpasst, an der nach Weltkriegen und Holocaust unerlässlichen Neuordnung von Europa mitzuwirken, blieb politisch draussen, aber wirtschaftlich drinnen. Die Nischen-Strategie können wir nicht ewig aufrechterhalten: Real sind wir durch und durch mit der EU verflochten, mental sind wir von der EU ferner denn je. Dieser Widerspruch verspannt die Schweiz bis heute. Daraus erklärt sich auch die Identitäts-Krise in der Schweiz.

All diese Institutionen, die den Zusammenhalt in der Schweiz sichern, sind im 21. Jahrhundert zu behutsam und zielstrebig erneuern, anzupassen an veränderte Bedingungen; wir müssen sie modernisieren. Etwa unser ungeklärtes Verhältnis zur EU und unser Umgang mit völkerrechtlichen Verträgen, die einzuhalten oder aber mit allen Nachteilen zu kündigen sind. Und: Wenn ein Viertel der Menschen im Lande Ausländerinnen und Ausländer sind, können sie in unserem politischen System nicht gänzlich aussen vor bleiben – sie müssen in die Schweizer Politik integriert werden. Zu denken ist beispielsweise an die Ausländerräte in deutschen Gemeinden. Sie haben keine Befugnisse, aber das Recht, bei wichtigen Geschäften, die Ausländer betreffen, vom Gemeindeparlament angehört zu werden.

Zu Modernisierungen seiner Institutionen war unser Land seit 1848 immer wieder im Stande: Siehe die Einführung der direkt-demokratischen Instrumente (Referendum 1874, Volksinitiative 1891), des Verhältniswahlrechts (1919), die Schaffung der AHV und der sozialen Systeme, den Einbezug der Katholisch-Konservativen (1891) und der Sozialdemokraten (1943) in den Bundesrat, die schandhaft späte Einführung des Frauenstimmrechts (1971), die Bildung des Jura als neuen Kanton (1978) etc. Stets ging es darum, Menschen oder Regionen die vorher von der politischen Partizipation ausgeschlossen waren – ausgegrenzt waren – zu vollwertigen, mitbestimmenden Bürgerinnen und Bürgern zu machen. Das entspringt dem Gebot der Rücksicht auf die Minderheiten. Was geschieht, wenn uns diese Integration misslingt? Des-Interesse, Gleichgültigkeit, Verstärkung der Ich-Manie, De-Solidarisierung etc.

Wenn wir – wie unsere Vorfahren – den Willen aufbringen, unsere fein austarierten politischen Institutionen den Erfordernissen einer veränderten geo-politischen und wirtschaftlichen Situation anzupassen, und zwar unter Einbezug aller in diesem Land lebenden Menschen, die ganz überwiegend unser Wertesystem teilen, wird unser Land auch in Zukunft die erforderliche Integrationskraft aufweisen und damit ein gedeihliches, freies Zusammenleben sichern. Aber ohne Anstrengung geht es nicht.